



Wirtschafts- und Finanzsystem

Privat versagt und schreit nach Staat

Mit hohen Kreditgarantien und Zahlungen an die in Schwierigkeiten geratenen Banken sollte Mitte Oktober der Supergau vermieden werden. Düstere Wolken am Horizont sehen in diesen Tagen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bei Vorlage ihres Herbstgutachtens, prognostizieren den Abschwung der Wirtschaft und schließen auch eine Rezession nicht aus. In den europäischen Nachbarländern werden Banken verstaatlicht, in Deutschland wird die Teilverstaatlichung von Banken diskutiert ohne dass es im politischen Raum bei den Privatisierern, Deregulierern und Wirtschaftsliberalen zu einem Aufschrei kommt. Spitzenbanker halten sich mit öffentlichen Auftritten zurück, Staat und Bürger müssen es richten. Bis zur Abfassung dieser Zeilen haben sich weder Spitzenbanker noch deren Verbandsvertreter für dieses stabilisierende Verhalten bedankt. Die Bevölkerung ist hinsichtlich der Rettungsaktionen des Staates skeptisch, denn zwei Drittel sind der Auffassung, dass durch die staatlichen Stützungen ihr Geld nicht sicherer geworden ist. Sie sind es, die bei den ersten Anzeichen sich anbahnender Bankpleiten nicht an die Schalter stürmten und ihr Geld abgehoben haben. Sie sind es auch, die besonnen reagierten und Vertrauen in die Politik setzten.

Bis zu der jetzigen Krise galt die Maxime „Privat geht vor Staat“. Die Privaten waren es, die immer neue waghalsige Kreditinstrumente erfunden und den gutgläubigen Kunden empfohlen haben. Tausende verloren ihr Angespertes, die Verkäufer in den Kreditinstituten haben satte Provisionen eingesteckt und lachen sich ins Fäustchen. Auch waren es Private, die das System von Cross-Border-Leasing*) auf den Markt gebracht haben. Zahlreiche Kommunen verkauften ihre Kanalisation, die Wasserversorgung, Klärwerke, Verkehrsbetriebe, Messehallen, Schienennetze und anderes Anlagevermögen an amerikanische Investoren, erhielten dafür einen Barwertvorteil in Höhe von acht Prozent des gesamten Transaktionsvolumens und haben die Anlagen auf 20 bis 30 Jahre und darüber hinaus zurückgemietet. Die amerikanischen Investoren erhielten mit dem Blick auf die Auslandsinvestitionen von den amerikanischen Steuerbehörden Steuererleichterungen. Dieses undurchsichtige System, bei dem es den Vertrag schließenden Kommunen untersagt war, über den Inhalt der geschlossenen Verträge Auskunft zu geben, hat die amerikanische Steuerverwaltung im Jahr 2006 als missbräuchliche Steuerumgehung verboten. Berater und Banken wollten auf die Privatisierungen großen Stils nicht verzichten und haben mit so genannten PPP- oder ÖPP-Projekten**) einen Ausweg gefunden. Jetzt übernehmen Private für Zeiträume von 20 bis 30 Jahren die Errichtung und Herstellung öffentlicher Gebäude und Verkehrswege, die öffentliche Hand mietet die Objekte zurück und zahlt Miete. Wiederrum sind die geschlossenen Verträge für die Öffentlichkeit geheim, ein Verstoß gegen das Verschwiegenheitsgebot ist mit Vertragsstrafen belegt. Die sich aus den langfristigen Bindungen er-

gebenden Verpflichtungen werden in den öffentlichen Haushalten nicht als Schulden ausgewiesen, die Auswirkungen dieses Vorgehens sind nicht transparent, eine neue Bombe tickt.

Mehrfach wurde die Qualifikation des Staates zur Führung von Banken mit Hinweis auf die Landesbanken in Sachsen, Bayern und NRW in Zweifel gezogen. Bei der Suche nach den Ursachen für die jetzige Finanzkrise wird man bald feststellen, dass die Landesbanken durch eigene Revision früher auf die Schieflage gestoßen sind, als das bei den Privatbanken der Fall war. Ob private Banken schließlich auch große Risiken offen legen müssen, wird sich demnächst zeigen. Die Verfechter der privaten Banken haben also noch keinen Grund, beabsichtigte Teilverstaatlichungen oder Verstaatlichungen mit dem Hinweis auf die Krise der Landesbanken anzuprangern.

Die Verästelungen und Gefahren der Zusammenarbeit mit Unternehmen und Banken können hier nur grob angesprochen werden. Erreicht werden soll jedoch die kritische Einstellung gegenüber den dubiosen Handlungs- und Finanzierungsprojekten.

In der jetzigen Entwicklung ist eine Chance zu sehen. Es entzündet sich künftig hoffentlich rote Warnlaternen, wenn Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge Privaten in die Verantwortung übergeben werden. Die Privatisierungseuphorie hat einen Knacks erlitten. Den Privatisierern und Deregulierern muss mit größter Wachsamkeit begegnet werden. In dieser Hinsicht sind die Gewerkschaften in Deutschland schon immer in der richtigen Abwehrhaltung. Deutlicher konnte die Entwicklung sie darin nicht bestätigen.

Die für Anfang 2009 bevorstehende Tarifrunde für die Länder findet vor einem überaus ungünstigen Hintergrund statt. Wenn wir auch nur annähernd zu einem vertretbaren Abschluss kommen wollen, dann müssen die Mitglieder der Gewerkschaften geschlossen und kampfbereit hinter ihren Mandatsträger stehen, die ein starkes Verhandlungsmandat brauchen. Jetzt gilt es, noch abseits stehende Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass sie ihren Beitritt zur Gewerkschaft nicht länger hinausschieben dürfen. Unsere Mitglieder und insbesondere die Vertrauensleute müssen jetzt für die Mitgliedschaft im VDStr. werben!

*) **Cross-Border-Leasing** bezeichnet einen Leasingkauf über Nationalgrenzen hinweg, Leasinggeber und Leasingnehmer haben ihren Sitz also in steuerrechtlich unterschiedlichen Staaten. Aus der Internationalität der Verträge ergaben sich höchst umstrittene steuerrechtliche Möglichkeiten.

) **PPP-Public Private Partnership, eingedeutscht auch ÖPP Öffentlich Private Partnerschaft, dabei übernimmt ein privater Investor Sanierung oder Bau von Objekten, Planung und Finanzierung und häufig den langfristigen Betrieb. Die öffentliche Hand zahlt im Gegenzug 20 bis 30 Jahre lang eine Miete.